

Vorwort	2
1. Beschreibung des Amtes und seiner Tätigkeiten	3
1.1 Historische Entwicklung	3
1.2 Mitarbeiterstruktur	4
1.3 Aufgaben des Amtes für Umweltschutz	5
1.4 Standortbeschreibung	9
2. Handlungsgrundsätze	10
3. Umweltmanagementsystem	12
4. Umweltaspekte	13
4.1. Abfallwirtschaft	13
4.2. Bodenschutz/ Umweltplanung	16
4.3. Immissionsschutz	19
4.4. Wasserwirtschaft	22
4.5. Öffentlichkeitsarbeit	23
4.6. Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen	25
5. Umweltprogramm 2005	27
6. Bilanzierung der Stoff- und Energieströme	29
7. Erklärung der Amtsleitung	30
8. Gültigkeitserklärung	31
Abkürzungsverzeichnis	32

Um die hohe Lebens- und Umweltqualität in der Hansestadt Rostock zu erhalten, widmen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz einer Reihe von Umweltschutzprojekten.

Mit dem europäischen Umweltmanagementsystem EMAS hat sich das Amt auch selbst in die Pflicht genommen, höchste Umweltstandards anzuwenden. Dazu gehört der sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen ebenso wie die Umsetzung umweltfachlicher Ziele. EMAS beinhaltet vor allem, eigene ökologische Maßnahmen zu kontrollieren sowie die Erfolge bei Umsetzung zu veröffentlichen.

Darüber hinaus liefert das Umweltmanagementsystem im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung wertvolle Unterstützung. So haben wir die internen Verwaltungsabläufe überprüft, Kennziffern aufgestellt und jährlich einen Ergebnisbericht erarbeitet.

Von großer Bedeutung für die Fortführung des Umweltmanagementsystems im kommunalen Bereich war auch unsere Teilnahme am EU-Projekt „EMAS Peer Review“. Dabei haben insgesamt 17 europäische Städte die EMAS-Anwendung getestet, um dieses Instrument weiter zu entwickeln. So plant die EU, künftig in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern Umwelt-

managementsysteme nach dem Vorbild von EMAS zur Verwirklichung einer nachhaltigen städtischen Umwelt einzusetzen.

Gemeinsam mit dem Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Rostock, mit dem wir eng zusammenarbeiten, errang das Amt für Umweltschutz im Jahr 2001 zum ersten Mal die EMAS-Zertifizierung. Nun müssen wir unsere Umweltleistungen erneut unter Beweis stellen und darlegen, welche Verbesserungen seitdem erreicht worden sind.

Wir verfügen mit dem europäischen Umweltmanagementsystem EMAS über ein zukunftsweisendes Instrument zur strategischen Steuerung und für die Bewertung komplexer Planungsprozesse. Damit wird es uns immer besser gelingen, trotz finanziell schwieriger Bedingungen, Probleme des kommunalen Umweltschutzes zu erkennen und zu lösen.

Wir wollen zugleich andere Ämter und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern ermutigen, den gleichen Weg zu gehen.

Dr. Brigitte Preuß
Rostock, den 26. November 2004

1. Beschreibung des Amtes und seiner Tätigkeiten

1.1 Historische Entwicklung

Das Amt für Umweltschutz besteht seit dem 1. September 1990 und ist Teil des derzeitigen Senatsbereiches Umwelt, Soziales, Jugend und Gesundheit. Es nahm mit zunächst sechs Beschäftigten seine Arbeit auf und teilte sich in die Fachabteilungen Abfallwirtschaft, Immissionsschutz und Altlasten. Weitere Strukturen wurden mit der Widerspruchsstelle 1991 und dem ehemaligen Amt für Wasserwirtschaft 1992 zugeordnet. Die Entwicklung des europäischen und deutschen Umweltrechts führte zur kontinuierlichen

Erweiterung des Aufgabenfeldes und damit zu einem Anwachsen der Mitarbeiterzahl. Aus der Abteilung Altlasten entstand 1994 die Abteilung Bodenschutz und Umweltplanung. Das 1990 eingerichtete Umweltberatungszentrum erfüllte vielfältige Aufgaben in der Bürgerberatung und der Umweltpädagogik. Es wurde 2002 als eigenständige Struktur aufgelöst und die Mitarbeiter zum 6. Januar 2003 der Abteilung Abfallwirtschaft zugeordnet. Weitere Umstrukturierungen innerhalb des Amtes stehen 2005 an.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz

1.2 Mitarbeiterstruktur

Im Amt für Umweltschutz sind gegenwärtig 44 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, die über ein breites Spektrum an fachlichen Qualifikationen mit größtenteils Universitäts- und Fachhochschulstudium verfügen. Dadurch ist es möglich, die Aufgaben als Dienstleister für die Einwohnerinnen und Einwohner, die regionale

Wirtschaft, sowie für die Entscheidungsgremien der Stadt fachgerecht und in hoher Qualität zu erfüllen. Als anerkannte Zivildienststelle betreut das Amt im Durchschnitt zehn Zivildienstleistende im Bereich der Umweltaufsicht.

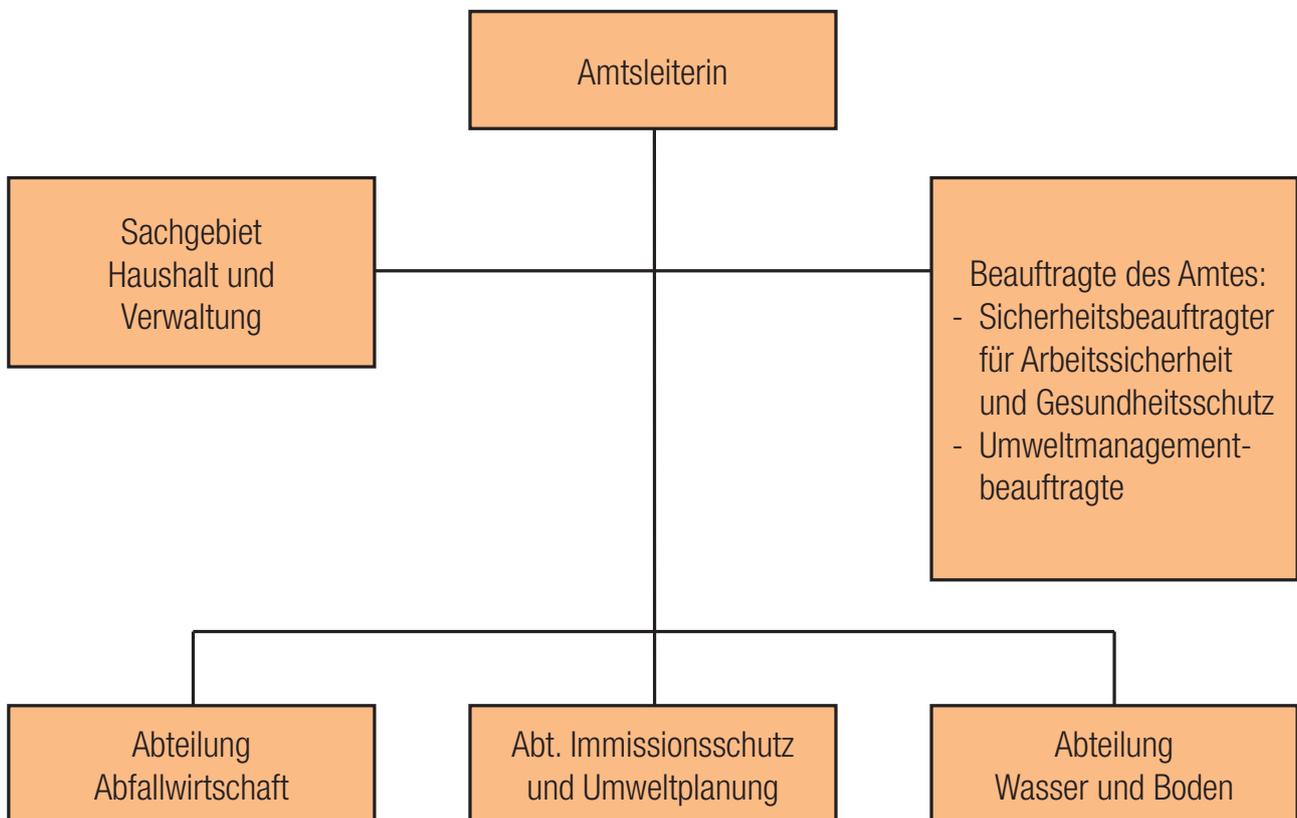


Abb. 1: Organisationsstruktur des Amtes (ab 2005)

1.3 Aufgaben des Amtes für Umweltschutz

Abfallwirtschaft

Die Hansestadt Rostock ist als öffentlich rechtliche Entsorgungsträgerin auf der Grundlage geltender Rechtsvorschriften für die Erfassung, den Transport und die Entsorgung der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle verantwortlich. Zu ihren Aufgaben gehört es auch, Maßnahmen zu initiieren, um Abfälle zu vermeiden, stofflich zu verwerten, Energie daraus zu gewinnen und den Restabfall schadlos abzulagern. Die Grundsätze der Abfallwirtschaft werden im Abfallwirtschaftskonzept der Hansestadt Rostock festgeschrieben.

Das [Abfallmanagement](#) umfasst vorrangig Planung, Umsetzung und Überwachung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen im Bereich der Siedlungsabfälle sowie die Durchsetzung abfallrechtlicher Bestimmungen, wie z.B. Abfallsatzung, Abfallgebührenordnung oder die Altautoverordnung. Weitere wichtige Aufgaben bestehen darin, illegale Abfallablagerungen zu beseitigen, gegen Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen das Kreislauf- und Abfallgesetz vorzugehen sowie stillgelegte Hausmülldeponien nachzusorgen.

Innerhalb des Aufgabenbereiches [Abfallverwertung und /-beseitigung](#) werden die Abfallsatzung bzw. Abfallgebührensatzung erarbeitet sowie die Entsorgung zum Beispiel von Hausmüll, Wertstoffen, Gewerbeabfall und Sonderabfall aus Haushalten koordiniert

und überwacht. In diesen Bereich gehören aber auch Aufgaben, wie die Bereitstellung von Abfall- und Wertstoffannahmestellen (Recyclinghöfe). Mit einer intensi-



Illegale Abfallentsorgung

ven Öffentlichkeitsarbeit soll vor allem die Akzeptanz für die Abfallvermeidung und Abfallverwertung gefördert werden.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die [Straßenreinigung](#), einschließlich von Sonderreinigungen nach Unfällen sowie der Winterdienst. Hierzu ist die Hansestadt Rostock nach Straßen- und Wegegesetz verpflichtet und muss notwendige vertragliche Grundlagen vorbereiten und je nach Bedarfslage fortschreiben.

Die Maßnahmen zur Verkehrsicherung orientieren sich dabei am Gesetzesauftrag, dem öffentlichen Interesse an Ordnung und Sauberkeit sowie an geltenden Umweltschutzvorschriften.

Immissionsschutz



Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Ulmenstraße

Der Immissionsschutz zielt darauf ab, schädliche Einwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlen zu minimieren und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.

Zu den allgemeinen Aufgaben im [Immissionsschutzmanagement](#) gehört die Durchsetzung des Immissionsschutzes im Rahmen der Bauleitplanung, bei objekt- und fachbezogenen Planungen sowie bei sonstigen und Baugenehmigungsverfahren. Einen Schwerpunkt bildet die immissionsschutzseitige Überwachung aller nach Bundes-Immissionsschutzgesetz nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen wie zum Beispiel Gewerbe und Freizeit, einschließlich der Durchführung von Messungen und Berechnungen mit Hilfe von Messtechnik und Rechenprogrammen.

Im Bereich der [Luftreinhaltung](#) und des globalen Klimaschutzes werden die Luftschadstoffsituationen in Form von Emissions- und Immissionskatastern erfasst und durch Überlagerung mit den lokalen Klima- und Wetterbedingungen Klimakarten entwickelt.

Als Beitrag zum Schutz des [Globalklimas](#) werden im Klimaschutzkonzept lokale Aktivitäten koordiniert, regenerative ressourcenschonende Energieträger befördert und die Fern-

wärmenutzung aus Kraft-Wärme-Kopplung mit der städtischen Wärmesatzung gesichert und erweitert. Damit werden auch Beiträge zur lokalen Luftreinhaltung geleistet und Arbeitsplätze gesichert.

Im Rahmen der [Lärminderungsplanung](#) müssen Lärmeinwirkungen aus Verkehr, Gewerbe/Industrie und Freizeitanlagen in Schallimmissionsplänen erfasst und ständig aktualisiert werden. Darauf aufbauend werden Lärminderungskonzepte entwickelt und schrittweise umgesetzt. Ergänzt werden diese Aufgaben durch die Förderung von Maßnahmen für den Umweltverbund, die Mitwirkung bei generellen und objektbezogenen Verkehrsplanungen und Verkehrsüberwachungen sowie die Umsetzung der Rostocker Lärmsanierungsrichtlinie.

Wasserwirtschaft



Ölverunreinigung am Warnowufer

Die Gewässer auf dem Territorium der Hansestadt Rostock sind als wesentliche Bestandteile des Naturhaushaltes nachhaltig zu sichern. Dabei sind die notwendige Bewirtschaftung der Gewässer und der Schutz ihrer ökologischen Funktionen möglichst in Einklang

zu bringen.

Im Rahmen des [Gewässerschutzes](#) sind Erlaubnisse und Genehmigungen wasserwirtschaftlicher und anderer gewässerbezogener Anlagen entsprechend der Wassergesetzgebung zu erteilen. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen werden registriert und überwacht. Die Erhebung von Wasserentnahmeentgelt und Abwasserabgabe sowie die Bekämpfung von Gewässerverunreinigungen sind weitere wesentliche Aufgaben. Der vorsorgende Gewässerschutz umfasst insbesondere den Schutz des Grundwassers sowie die Ausweisung und Überwachung von Trinkwasserschutz zonen. Für das Grundwasser und alle anderen Gewässer werden Gewässerkataster erstellt.

[Gewässerunterhaltung/ -ausbau](#) bilden einen weiteren Schwerpunkt, der sich auf die Bewirtschaftung bestimmter Gewässer sowie auf die Fachaufsicht über den Wasser- und Bodenverband „Untere Warnow-Küste“ bezieht. Diesen Aufgaben ist die Schaffung von Voraussetzungen für die Gebührenumlage der Beitragsforderungen des Wasser- und Boden-Verbandes „Untere Warnow-Küste“ (Erstellung von Satzungen)

zuzuordnen.

Im Bereich des [gewässerbezogenen Bevölkerungsschutzes](#) werden Anlagen zur Löschwasserentnahme errichtet sowie die Trinkwassernotversorgung sichergestellt.

Bodenschutz

Böden sind Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen. Schädliche Bodenveränderungen und Altlasten entstehen durch unangemessene Nutzung, beeinträchtigen die Bodenfunktionen und vermindern unsere Lebensqualität. Neben den Altlasten kommt dem vorsorgenden Bodenschutz deshalb große Bedeutung zu.



Niedermoorböden im IGA-Gelände Schmarl

In der Hansestadt Rostock sind die Ziele des [vorsorgenden Bodenschutzes](#) in einem Bodenschutzkonzept enthalten. Schwerpunkte bilden der sparsame Flächenverbrauch, die Begrenzung der Bodenversiegelung, die Überwachung sensibel genutzter Flächen und der Schutz der Niedermoore.

Den Boden in seiner Funktionalität in der Natur zu erhalten, setzt voraus, dass Bodenverunreinigungen erfasst und saniert werden. Deshalb wird im Amt für Umweltschutz ein Altlastenkataster geführt, in dem alle altlastverdächtigen Flächen und Altlasten im Stadtgebiet systematisch erfasst werden. Interessierte Bürger, Erwerber von Grundstücken, Investoren und Ingenieurbüros können sich auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes Auskünfte zum Altlastenstatus einer Fläche einholen. Zu den Aufgaben des [Altlastenmanagements](#) gehören außer der Erfassung auch die Ermittlung von altlastverdächtigen Flächen und Altlasten sowie deren Überwachung.

Bei der [Altlastensanierung](#) konzentriert sich die Arbeit auf die Gefahrenabwehr und die Wiedernutzung von kommunalen Brachflächen (Flächenrecycling).

Umweltplanung

[Umweltplanung/Umweltverträglichkeitsprüfung](#) sind Instrumente des sich ständig weiter entwickelnden Umweltrechts, bei dem die Durchsetzung des vorsorgenden Umweltschutzes für Großprojekte, Pläne und Programme, insbesondere in der Bauleitplanung, im Vordergrund steht. Bei der Zulassung solcher Projekte und Planungen sind Umweltqualitätsziele als Bewertungsmaßstäbe unerlässlich.

1.4 Standortbeschreibung

Seit 5. April 2002 ist das Gebäude in der Hans-Fallada-Straße 1 Sitz des Amtes für Umweltschutz. Die Büros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstrecken sich über drei Etagen. Die Verwaltung des Gebäudes erfolgt durch den Eigenbetrieb „Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der

Hansestadt Rostock“.

Der Mietvertrag für den Standort Hermannstraße (Ökovilla) wird zum 31. März 2005 gekündigt. Dieser Standort wurde daher nicht mehr in die Bilanzierung der Umweltleistungen einbezogen.

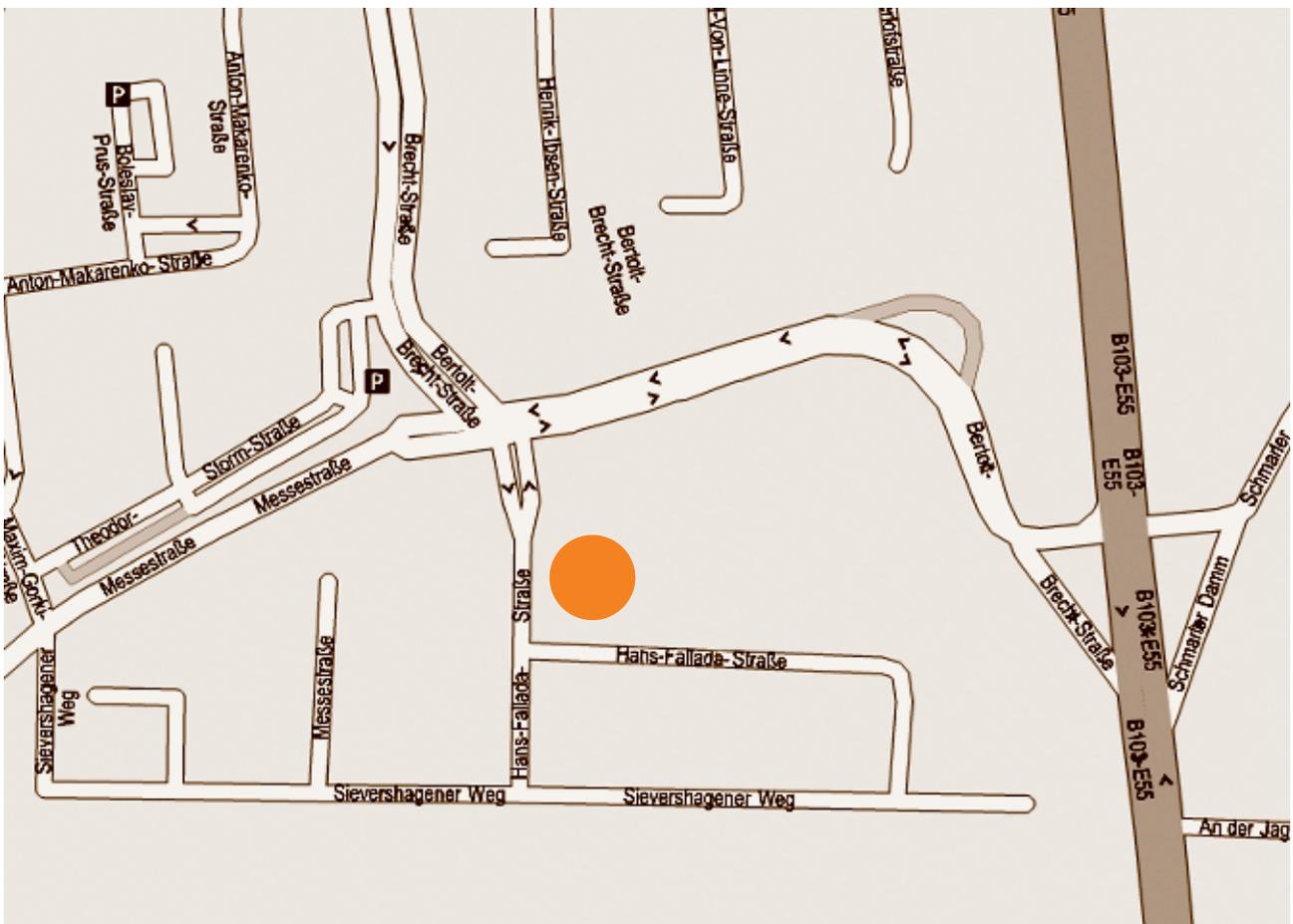


Abb.2: Standort des Amtes für Umweltschutz

2. Handlungsgrundsätze

In der Stadtverwaltung Rostock verfügen bereits mehrere Ämter über ein Leitbild, über Handlungsgrundsätze oder langfristige Zielsetzungen, die sie im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung erarbeitet haben.

Unsere Handlungsgrundsätze beziehen sich vorrangig auf die Hauptaufgabenfelder des Amtes. Aber sie müssen ebenso die Anforderungen des europäischen Umweltmanagementsystems EMAS erfüllen. Dazu zählen zum Beispiel die Einhaltung und Kenntnis der aktuellen Umweltvorschriften, die Verpflichtung zur ständigen Verbesserung der eigenen Umweltsleistungen sowie die Beschreibung von Ziel und Zweck unseres Umweltmanagements. Das soll der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit eröffnen, unsere Arbeit daran zu messen und sich „einzumischen“.

Handlungsgrundsätze

Das Amt für Umweltschutz der Hansestadt Rostock ist Behörde und Fachamt für die Belange von Abfall- und Wasserwirtschaft, Immissions- und Bodenschutz, Umweltplanung sowie für die umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem verantwortungsbewussten Vollzug und der selbständigen Umsetzung und Kontrolle rechtlicher Vorgaben stellen wir die Einhaltung von Umweltvorschriften sicher. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über ein breites Spektrum an fachlichen Qualifikationen, die es uns ermöglichen, unsere Aufgaben als Dienstleister für die Einwohnerinnen und Einwohner, die regionale Wirtschaft sowie für die Entscheidungsgremien der Stadt fachgerecht zu erfüllen. Unser Ziel ist es zudem, ökologische Kriterien angemessen in das Verwaltungshandeln zu integrieren und die Umwelt- und Lebensbedingungen aller in Rostock

lebenden Menschen und unserer Gäste kontinuierlich zu verbessern.

Nach folgenden Leitlinien und Handlungsschwerpunkten arbeitet das Amt für Umweltschutz der Hansestadt Rostock:

- Wir gewährleisten eine langfristige wirksame Umweltvorsorge zur Sicherung einer hohen Umweltqualität in der Hansestadt.
- Wir verhindern Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit durch schädliche Umwelteinflüsse.
- Ein weiteres Ziel ist der Ausbau des Umweltmanagements (Öko-Audit) als Bestandteil der Kosten- und Leistungsrechnung.
- Wir erarbeiten Konzepte zur Optimierung der Hol- und Bringsysteme zur Verbesserung der Erfassung der Abfälle zur Verwertung.
- Wir leisten Abfallberatung zur Vermeidung, Verwertung und ordnungsgemäßen Beseitigung der Abfälle.
- Wir gewährleisten eine sozialverträgliche Gebührengestaltung durch kosten- und bedarfsoptimierte Planung.
- Zur Verbesserung des Stadtbildes leisten wir unseren Beitrag für Ordnung und Sauberkeit.
- Wir führen Bewertungen und Monitoring von Umweltauswirkungen UVP-pflichtiger Vorhaben auf der Grundlage des Umweltqualitätszielkonzeptes und des Umweltinformationssystems durch.
- Wir initiieren und unterstützen Maßnahmen zum Klimaschutz durch Senkung des Energieverbrauches sowie Nutzung emissionsarmer und erneuerbarer Energieträger.
- Wir unterstützen mit unseren Aktivitäten Maßnahmen zur Senkung der Luft- und Lärmbelastung und

Schaffung eines gesundheitsfördernden Mikroklimas.

- Wir setzen uns für den Schutz des Bodens durch Altlastensanierung und Flächenrecycling ein und unterstützen die Fortschreibung des Bodenschutzkonzeptes der Hansestadt Rostock.
- Wir leisten im Rahmen unserer Aufgaben als Umweltbehörde einen wichtigen Beitrag zur Schadensbeseitigung und Gefahrenabwehr zum Schutz von Wasser und Boden.
- Wir setzen uns für die Wahrung der Funktion des Wasserhaushaltes im Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes durch Gewässerunterhaltung und -ausbau ein.
- Wir bewirtschaften und planen öffentliche Toilettenanlagen auf der Grundlage ökologischer und ökonomischer Kennziffern.

- Wir informieren die Öffentlichkeit durch Publikationen, Presseartikel und die Nutzung der neuen Medien regelmäßig über unsere Aktivitäten.

Unser Anspruch ist es, alle Aufgaben termingerecht mit Engagement, Fachverstand und Flexibilität zu erfüllen. Bei der Durchführung der Aufgaben arbeiten wir eng mit anderen Behörden zusammen und nutzen die Erfahrungen von Wirtschaft und Wissenschaft im Qualitäts- und Umweltmanagement.

Innerhalb der Stadtverwaltung wollen wir die Vorbildrolle beim betrieblichen Umweltschutz wahrnehmen und mit ausgewählten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Unsere Handlungsgrundsätze gewährleisten eine kontinuierliche Verbesserung unserer Arbeit und bieten die Voraussetzung, uns als modernes und bürgerfreundliches Dienstleistungsamt weiter zu entwickeln.

3. Umweltmanagementsystem

Ein Umweltmanagement muss gut organisiert werden, damit es funktioniert. Zwar gibt es eine Vielzahl von Regelungen oder Verfahren, die unser Handeln bestimmen. Aber ist dadurch auch sichergestellt, dass Strom und Wasser nicht vergeudet werden oder Abläufe effektiv organisiert sind? Existieren Daten, an denen wir Verbräuche oder Umweltleistungen messen können? In welchen Bereichen können die größten Effekte für die Umwelt erreicht werden und wo besteht ein besonderer Handlungsbedarf? Was sind die konkreten und messbaren Zielsetzungen und haben wir sie in angemessener Weise erreicht?

Das sind nur einige Fragen, die ein Umweltmanagement lösen muss.

Das Umweltmanagementsystem stellt wichtige methodische und organisatorische Werkzeuge zur Verfügung, klärt Verantwortlichkeiten und sichert die Kontrolle der umweltbezogenen Aufgaben. Diese Informationen sind in einem Handbuch zusammengefasst und sollen helfen, dass Umweltschutz auch umfassend praktiziert wird.



Erfahrungsaustausch zum EU-Projekt

Die Umweltmanagementbeauftragte sowie eine kleine Arbeitsgruppe sorgen dafür, dass alle wichtigen Fra-

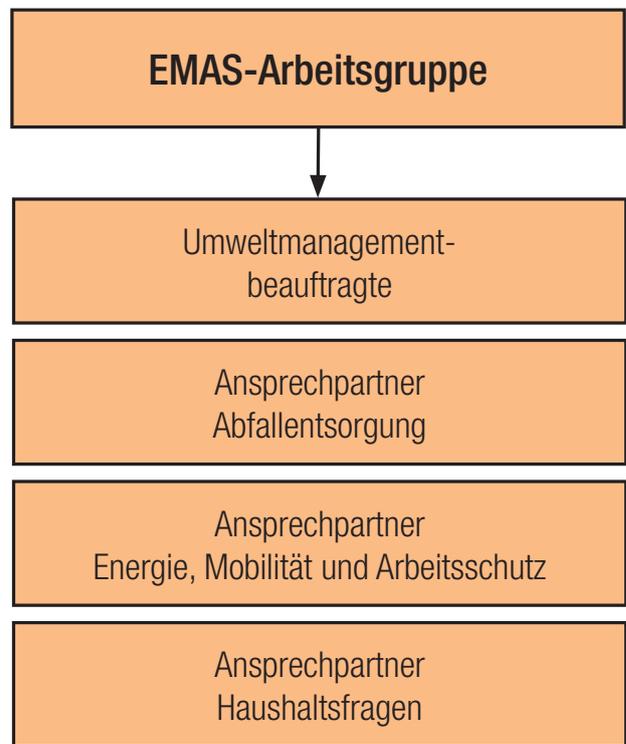


Abb. 3: Umweltmanagement-Arbeitsgruppe

gen in das Umweltmanagement des Amtes einbezogen werden und eine regelmäßige Anpassung an aktuelle Entwicklungen erfolgt.

Ein Managementzyklus umfasst die Schritte „Planen - Durchführen - Prüfen - Anpassen“. Dadurch werden die wesentlichen Fragen und Zielstellungen regelmäßig wieder in die Diskussion eingebracht und gehen nicht im Tagesgeschäft „verloren“.

Wer mehr über die konkreten Anforderungen von EMAS wissen will, kann direkt in der EMAS-Richtlinie der EU (europa.eu.int/comm/environment/emas) nachlesen.

Um die Öffentlichkeit über unsere Ergebnisse und Leistungen zu informieren, erstellen wir alle drei Jahre eine Umwelterklärung. Jährlich gibt es zudem eine aktualisierte Fassung, die aktuelle Daten und Änderungen der Aufgaben oder der Struktur des Amtes enthält. Sie wird ebenfalls als Flyer veröffentlicht und herausgegeben.

4. Beschreibung der Umweltaspekte

Beim europäischen Umweltmanagement EMAS unterscheidet man direkte und indirekte Umweltaspekte. Unter direkten Umweltaspekten verstehen wir den Verbrauch an natürlichen Ressourcen, den wir in der Regel selbst beeinflussen. Indirekte Umweltaspekte betreffen Planungs- und Verwaltungsentscheidungen sowie Beratungsleistungen unseres Amtes, durch

die wir nur im gewissen Maße Einfluss auf die Umwelt nehmen können. Die Entscheidung, welche unserer Tätigkeitsfelder und Leistungen in das Umweltmanagement einbezogen werden, wird auf der Grundlage ausgewählter Kriterien getroffen. Die Umweltaspekte bilden die Grundlage für die Umweltziele und das Umweltprogramm.

4.1 Abfallwirtschaft

Situation

Oberste Priorität der Hansestadt Rostock als Trägerin der öffentlich-rechtlichen Entsorgung hat die kurz- sowie langfristige Gewährleistung der Entsorgungssicherheit. Dabei orientiert sich das kommunale Abfallmanagement an den Zielen Abfallvermeidung, Abfallverwertung und umweltgerechte Entsorgung.

Das durch die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock beschlossene ökologisch orientierte Abfallwirtschaftskonzept ist bedeutende Grundlage für die Entwicklung einer leistungsfähigen Abfallentsorgungs- und -verwertungsstruktur in der Hansestadt Rostock.

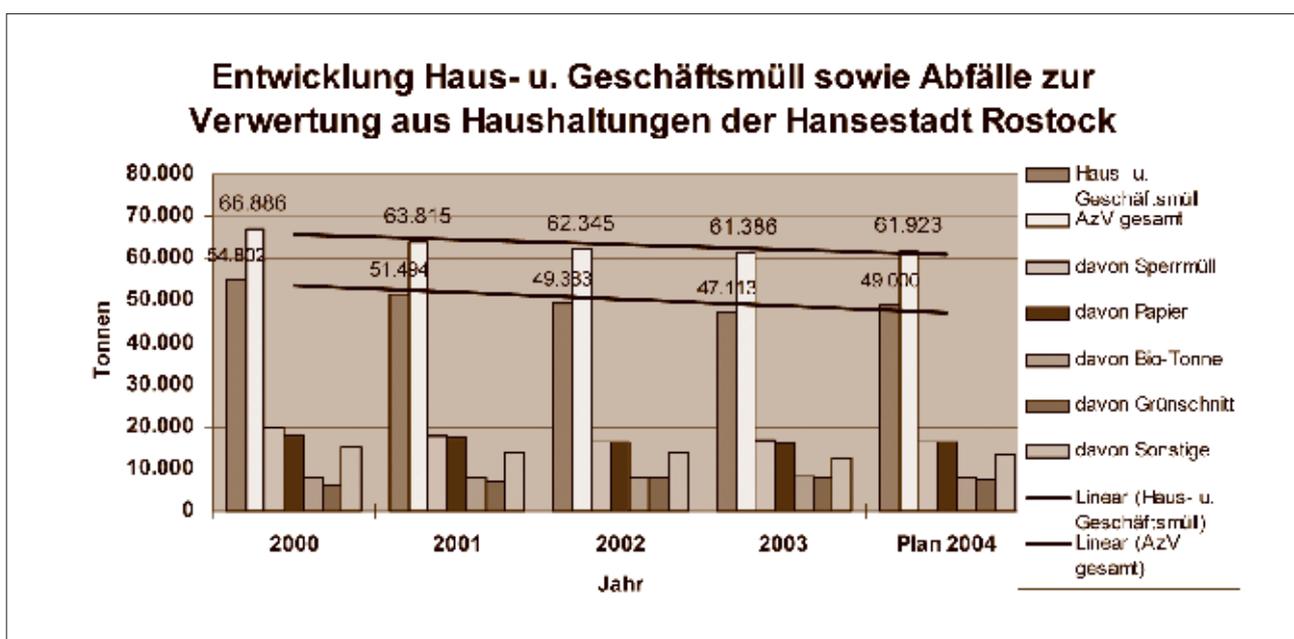


Abb.4: Abfallmengenentwicklung 2000-2004

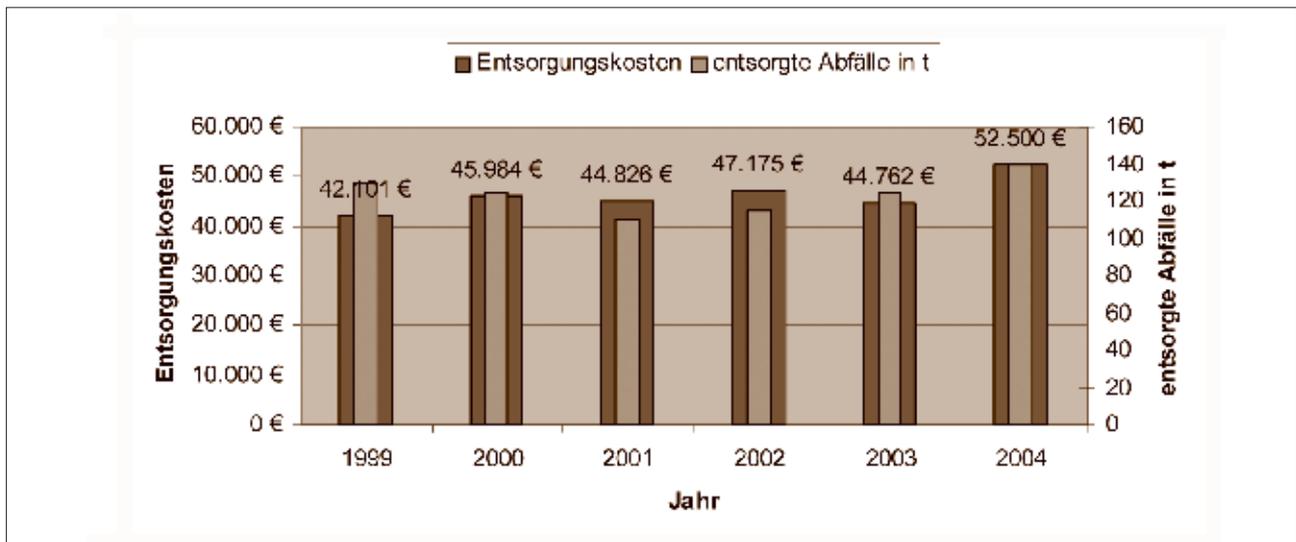


Abb.5: Entsorgungskosten illegaler Abfallablagerungen

Die Menge der Beseitigungsabfälle hat in der Hansestadt Rostock kontinuierlich abgenommen. So sind die Abfälle zur Beseitigung im Zeitraum 2000 bis 2003 von 271 kg pro Einwohner auf 238 kg pro Einwohner gesunken. Das bereitgestellte Behältervolumen für die Entsorgung des Beseitigungsabfalls ist im gleichen Zeitraum von 693.553 m³ auf 493.348 m³ verringert worden.

Die kontinuierliche Abnahme der Beseitigungsabfälle bedeutet nicht, dass die Zahl illegaler Müllablagerungen in der Hansestadt Rostock deutlich angestiegen ist. Es ist zwar eine geringe Zunahme festzustellen, die allerdings in der Gesamtabfallbilanz ohne Relevanz ist.

Durchgeführte Maßnahmen

Die in unseren Handlungsgrundsätzen dargestellten Leitlinien, wie Optimierung der Hol- und Bringsysteme oder die Verbesserung der Erfassung von Abfällen zur

Verwertung sind durch konkrete Projekte umgesetzt worden.

So wurde zum 1. Januar 2004 die haushaltsnahe Erfassung für Papier/Pappe/Kartonagen auf 100 Prozent ausgebaut und das Bringsystem auf 140 Standorte optimiert. Dadurch konnten die erfassten Papierqualitäten verbessert, das Stadtbild verschönert und die Sauberkeit in der Stadt erhöht werden. Vier Unterflursammelsysteme für Glas und Papier werden in städtebaulich sensiblen Gebieten eingesetzt.

Der in kommunaler Verantwortung anfallende Sperrmüll wird zu 100 Prozent einer Sortieranlage zugeführt, um eine weitest gehende stoffliche Verwertung zu erreichen.

In Umsetzung der umweltverträglichen Restabfallbehandlung fand die Grundsteinlegung für die Errichtung des ersten Bauabschnittes der Restabfallbehandlungsanlage Rostock am 27. Mai 2004 statt. Der erste Bauabschnitt soll vereinbarungsgemäß zum 1. Juni 2005 in Betrieb genommen werden. Ab diesem Zeitpunkt



Bau der Restabfallbehandlungsanlage im Überseehafen

gelten neue rechtliche Anforderungen an die Deponierung von Restmüll.

Zur Erfüllung des Gesetzesauftrages des Straßen- und Wegegesetzes wird jährlich eine Konzeption entwickelt, um ein differenziertes und effektives Zusammenspiel aller Beteiligten im Winterdienst sicherzustellen, insbesondere mit der DB, der RSAG und der Polizei. Hervorzuheben ist, dass im Winterdienst die umweltverträgliche Feuchtsalztechnologie (FS20) zum Einsatz kommt.

Die Fragen von Ordnung und Sauberkeit sind für eine positive Entwicklung der Lebensqualität in der Hansestadt von grundlegender Bedeutung und wirken über die Stadtgrenzen hinaus. Entsprechend der einschlägigen Rechtsprechung darf der Eigenanteil der Gemeinden bei den Kosten für Straßenreinigung und Winterdienst 25 Prozent nicht unterschreiten.

Die Umsetzung einer Zielvereinbarung der Hansestadt Rostock mit der Stadtentsorgung Rostock GmbH ist wesentliche Voraussetzung für stabile Preise in den nächsten Jahren.

Als Maßnahmen zur Verbesserung von Ordnung und

Sauberkeit im Stadtgebiet wurden 17 Hundetoiletten und 13 Beutelspender für Hundekot installiert. Im Innenstadtbereich wurden großvolumige Unterflurpapierkörbe eingebaut; ein City-Handreiniger gewährleistet eine regelmäßige Zwischenreinigung.

Für die erfolgreiche Durchführung der abfallwirtschaftlichen Maßnahmen ist eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung unerlässlich, die wir an den Interessen von Zielgruppen, wie Grundstückseigentümer, Kleingärtner, Einwohner, Schulen, ausländische Mitbürger ausrichten.

Ein Höhepunkt dieser Aktivitäten war die themenbezogene Umweltbildung und -erziehung mit umfangreichen Angeboten im Rahmen der IGA Rostock 2003.

Unsere Informations- und Beratungsschwerpunkte sind sehr vielfältig und umfassen zum Beispiel Abfallgebühren, Volumen und Stellflächen für Abfallbehälter, Entsorgungsmöglichkeiten, Ordnung und Sauberkeit sowie Gestaltungsvorschläge.

Spezielle Angebote wie die Brotdosenaktion an Schulen, die Rostocker Komposttage oder die Mitwirkungsmöglichkeiten beim jährlichen Umweltkalender sind im Internet unter www.rostock.de zu finden.



Unterflursammelsystem für Glas und Papier in der KTV

Von besonderem Interesse ist, inwieweit durch Abfallberatung bereits Erfolge erzielt wurden bzw. wo weiterer Handlungsbedarf besteht. Eine Umfrage an Rostocker Schulen aus dem Jahr 2003 zeigte unter anderem, dass knapp die Hälfte der beteiligten Schulen ein Handlungskonzept zur Getrenntsammlung von Abfällen vorliegen haben. Ein Viertel dieser Schulen bittet um Unterstützung bei der Ausrüstung mit entsprechenden Behältern.

Handlungsbedarf

Die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit und die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen im Abfallbereich wird weiter im Blickpunkt aller Aktivitäten stehen müssen. Das bedeutet die rechtzeitige Inbetriebnahme der mechanisch biologischen Abfallbehandlungsanlage

(RABA I), die Neuordnung der Abfallwirtschaftsstrukturen im Zusammenhang mit der Abfallablagerungsverordnung sowie die Entscheidung über die Errichtung einer thermischen Abfallbehandlungsanlage (RABA II) und ggf. Mitwirkung an der Projektentwicklung des Anlagenkonzeptes.

Handlungsbedarf wird zudem bei der weiteren Optimierung der haushaltsnahen Erfassung gesehen. Im Zusammenhang mit rechtlichen Erfordernissen stehen die nächste Altpapierausschreibung und die Vorbereitung der Elektronikschrottausschreibung.

Die Konzeption Ordnung und Sauberkeit wird fortgeschrieben und vor allem in der Innenstadt und in Warnemünde umgesetzt. Der Winterdienst wird weiterhin koordiniert.

4.2 Bodenschutz/Umweltplanung

Situation

Bodenschutz ist zentrales Thema der nachhaltigen Siedlungsentwicklung, denn der Verlust an Boden durch Versiegelung und Kontamination sowie die Verschlechterung der Bodenqualität haben bedeutende Ausmaße angenommen. Die Neuversiegelung durch Wohnbebauung, Gewerbe und Verkehr betrug in der Hansestadt Rostock von 1989 bis 2002 insgesamt ca. 304 ha. Das bedeutet eine durchschnittliche Neuversiegelung von 23 ha pro Jahr für Siedlungsflächen. Als Reaktion auf diese Entwicklung wurde durch das Umweltamt ein Bodenschutzkonzept erarbeitet, das

2001 durch die Bürgerschaft beschlossen wurde.

Im Altlastenkataster werden für das Stadtgebiet gegenwärtig (Stand 30. Juni 2004) insgesamt 858 altlastverdächtige Flächen geführt, davon sind 34 Flächen als Altlasten mit Sanierungsbedarf ausgewiesen. Aus dem Kennzahlenvergleich zur Altlastensanierung (Tabelle) ist der konstante Flächenanteil der zu sanierenden Altlasten (ca. 120 ha) ebenso erkennbar wie der erreichte gute Stand ihrer Sanierung (ca. 72 Prozent).

Kennzahl	1989	1995	2002
Verkehrs- und Siedlungsfläche ha/1000 EW	21,5	24,4	29
<u>Bezugsgrößen</u>			
Einwohnerzahl	252.956	227.535	198.259
Stadtgebiet ha	180.000		

Tab.1: Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr

Jahr	Gesamtfläche der Altlasten in ha	Anteil sanierter Altlasten in %
2002	119,87	72,07
2003	120,04	72,10

Tab.2: Bearbeitungsstand Altlasten

Der positive Trend bei der Altlastensanierung wird sich durch die begonnene Teilflächensanierung von 3,8 ha der Altablagerung Diedrichshäger Moor in 2004 weiter fortsetzen. Diese Maßnahme wird voraussichtlich erst 2006 abgeschlossen werden.

Im Bereich der Umweltplanung zeigt sich eine starke Entwicklung in Richtung des integrativen Umweltschutzes, die ihren Ausdruck unter anderem in aktuellen EU-Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur strategischen Umweltprüfung findet.

Die Umsetzung damit verbundener Regelungen im kommunalen Bereich erfordert eine gute Datenbasis,

eine praktikable Handhabung, Umweltziele, Überwachungsmechanismen sowie neue Formen der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit.

Durchgeführte Maßnahmen

Im Einklang mit den Leitlinien Altlastensanierung und Flächenrecycling, Weiterentwicklung des vorsorgenden Bodenschutzes, Aufbau eines Umweltinformationssystems und Zusammenführung von Umweltzielen in einem Umweltqualitätszielkonzept sind wichtige Projekte durchgeführt worden.

Aktuelle Schwerpunkte waren die Teilflächensanierung der Altablagerung Diedrichshäger Moor, Aktivitäten zum Brachflächenrecycling, Untersuchungen weiterer Spielplätze und Kleingartenflächen, Versiegelungs- und Moorkartierungen, die Mitarbeit an einem Schulprojekt der Heinrich-Böll-Stiftung sowie die Umgestaltung des Bodenlehrpfades auf dem ehemaligen IGA-Gelände.

Mit der Altlastensanierung einer Teilfläche der letzten größeren, ehemaligen Deponie wird ein wichtiger Beitrag zur Gefahrenabwehr und zum Flächenrecycling im Rahmen einer umweltgerechten Stadtentwicklung geleistet. In diese Richtung zielt auch ein Gutachten zum Brachflächenrecycling, das die Grundlagen für ein zukünftiges Brachflächenkataster schaffen soll.

Für schnellere Umweltverträglichkeitsprüfungen und Einzelfalluntersuchungen wurden standardisierte Bewertungshilfen auf der Grundlage von Geoinformationssystemen erarbeitet, die bei gewerblichen Anlagen, B-Plänen und Straßen angewendet werden können. Die im Umweltqualitätszielkonzept enthaltenen 32 Standards werden in diesem Jahr um neun weitere aus den Bereichen Arten- und Biotopschutz sowie Kommunalwald ergänzt. Damit liegt erstmals ein umfassendes, gesamtstädtisches Umweltzielkonzept vor.

Das gemeinsam mit der Universität Rostock bearbeitete Projekt „Weiterentwicklung des Umweltinformationssystems (UIS) der Hansestadt Rostock“ wurde in seiner Konzeption erfolgreich abgeschlossen. Mit der Neukonzipierung des UIS reagieren wir auf die erhöhten Anforderungen sowohl an die Information der Öffentlichkeit, die sich unter anderem aus der Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie der EU ableiten als auch an die Effizienz der Arbeit des Umweltamtes. Das UIS

ermöglicht den schnellen Datenaustausch zwischen den Ämtern und Fachbehörden und ist technisch in der Lage, zukünftig den Bürgern über das Internet Einsicht in die wichtigsten Umweltdaten zu gewähren.

Handlungsbedarf

Das verwaltungsintern abgestimmte Umweltqualitätszielkonzept ist bisher nicht verbindlich und sollte daher 2005 als gesamtstädtische Entscheidungsgrundlage für die Bauleitplanung sowie als Bewertungsgrundlage bei UVP-Verfahren zur Beschlussfassung gebracht werden.

Für das UIS müssen schrittweise die Umweltdaten aus den einzelnen Abteilungen aufbereitet und eingepflegt werden, um dem gewachsenen Informationsbedarf innerhalb der Verwaltung (Intranet) und in der Öffentlichkeit (Internet) zukünftig mit einem benutzerfreundlichen Auskunftssystem noch besser gerecht zu werden. Voraussetzung dafür ist die Versorgung der Arbeitsplätze der Mitarbeiter mit anforderungsgerechter Hard- und Software und deren Schulung.

Das Bodenschutzkonzept muss überarbeitet und fortgeschrieben werden, weil sich einerseits die Datenlage verändert hat und andererseits die Vorgabe weiterer konkreter Kennziffern zur Einschränkung des Flächenverbrauches notwendig erscheint.

Altlastensanierung und Flächenrecycling sollten sich in den nächsten Jahren besonders auf die verunreinigten Altlastenflächen richten, von denen eine besondere Gefahr für die Schutzgüter und die Allgemeinheit ausgeht und die gleichzeitig als Brachflächen eine Reserve für

die innenstadtnahe Bebauung darstellen. Deshalb wird die Teilflächensanierung der Altablagerung Diedrichshäger Moor 2005 fortgesetzt und spätestens 2006 beendet. Die Überwachung des hoch kontaminierten Gaswerksstandortes wird mit dem Ziel weitergeführt, noch 2005 gemeinsam mit den Stadtwerken Rostock AG und dem STAUN Rostock den Sanierungsplan aufzustellen.

Das langfristige Ziel muss die Sanierung aller 34 Altlastenstandorte sein, auch wenn gegenwärtig infolge der erheblichen finanziellen Aufwendungen von Stadt und Land kein verbindlicher Zeitplan aufgestellt werden kann.

Die methodischen Grundlagen für ein Brachflächenkataster, die bis Ende 2004 vorgelegt werden, sollen ämterübergreifend 2005-2007 mit Projekten unteretzt werden. Die Mitarbeit in einem EU-Projekt soll diese Bemühungen unterstützen.

4.3 Immisionsschutz

Situation

Die Geräuschsituation in der Hansestadt Rostock ist nach Lärmquellen erfasst und in entsprechenden Plänen umfassend beschrieben. Ein erstes Lärmminimierungsprogramm ist 1998 durch die Bürgerschaft beschlossen worden. Dieses bildet die Arbeitsgrundlage für mehrere Modellprojekte in den vergangenen Jahren.

Die lufthygienische Situation hat sich in Rostock stetig verbessert. Teilweise sind einzelne Luftschadstoffe bis zur Nachweisgrenze reduziert worden. Kontrolliert werden müssen Stickstoffdioxid und Schwebstaub



Altablagerung Diedrichshäger Moor

Der effizienten und rechtssicheren Umsetzung der Strategischen Umweltprüfung in der Stadtverwaltung Rostock ist verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken, da eine Reihe von kommunalen Plänen, wie Bauleitpläne, Abfallwirtschaftspläne oder Lärminderungspläne davon erfasst werden.

(PM 10), die aus dem Straßenverkehr resultieren.

Die Situation wird kontinuierlich an zwei Messstellen sowie nach Bedarf an verschiedenen Belastungspunkten durch das Landesamt für Umwelt und Geologie (LUNG) überwacht. Grenzwertüberschreitungen müssen statistisch weiter abgesichert werden, um Maßnahmen einleiten zu können.

Gegenwärtig werden durch die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen hinsichtlich Lärm und Luftqualität an neue Rahmenbedingungen der Europäischen Union angepasst.

Die Entwicklung der Kohlendioxidemissionen wird jährlich erfasst. Von dem bereits bundesweit qualitativ guten Ausgangsniveau einer einwohnerbezogenen 7,7 t CO₂-Emission im Jahr 1989 sind wir nun bei 4,3 t angelangt. Um den Zielwert von 3,85 t im Jahr 2010 zu erreichen, sind definierte Maßnahmen insbesondere mit kommunalen Unternehmen zu realisieren.

tromagnetische Felder die Bürger in zunehmendem Maße. Das betrifft insbesondere Mobilfunkanlagen und technische Wechselströme von der Haustechnik bis zu Hochspannungsfreileitungen. Betroffenheiten entstehen oft aus Informationsmangel. Deshalb sehen wir unsere Aufgabe sowohl in einer allgemeinen Aufklärung als auch in der einzelfallbezogenen Beratung.

Kennzahl	1989	1995	2004
CO ₂ -Emission t/ EW und Jahr	7,7	5,9	4,3

Tab.3: CO₂-Emissionen

Regenerativenergienutzung 2002:

ca. 14 GWh regenerative Stromerzeugung
ca. 8 GWh Wärme aus Sonne und Umwelt

Die Wärmesatzung, die eine Einflussnahme auf jährlich etwa 2,5 MW Anschlussleistung Fernwärme ermöglicht, wird optimal zur Anwendung gebracht. Fernwärme hält derzeit rund 50 Prozent Anteil am Gesamtwärmebedarf der Stadt.

Trotz Einhaltung von Grenzwerten beunruhigen elek-

Durchgeführte Maßnahmen:

Immissionsschutz-Belange wurden bei allen städtebaulichen Planungen sowie bei Bau- und anderen Genehmigungen auf der Grundlage des geltenden Rechts und fachplanerischer Zielstellungen durchgesetzt.

Die Modellprojekte „Nobelstraße“ und „Dethardingstraße“ zur Lärminderung wurden 2002 erfolgreich abgeschlossen. Seit dem werden zum Beispiel beim



Standortbündelung für Mobilfunkantennen auf einem Bürohaus in der Doberaner Straße



Rasengleis in Evershagen

Rostocker Straßenbahnbau regelmäßig Rasengleise eingebaut. Erstmals konnte auf einer Hauptverkehrsstraße mit hoher Anwohnerdichte Tempo 30 km/h in der Nachtzeit durchgesetzt werden.

Das gewerbliche Schallimmissionskataster für die nordwestlichen Gewerbe- und Industriegebiete wurde zusammen mit dem Landesamt für Umwelt und Geologie und dem StAUN Rostock fertiggestellt.

Über ein Förderprojekt des Umweltbundesamtes wurde die konsequente Durchsetzung angeordneter Geschwindigkeiten am Beispiel von drei Straßen experimentell untersucht und als wirksam eingestuft.

Im Zuge einer Geschwindigkeitsanalyse für das Hauptstraßennetz wurde eine Prioritätenliste für Geschwindigkeitsreduzierungen erarbeitet.

Am Beispiel der IGA Rostock 2003 wurde sehr erfolgreich eine Großveranstaltung bezüglich der Lärmauswirkungen begleitet. Trotz zahlreicher Veranstaltungen auf dem Gelände gab es weder nennenswerte Immissionswertüberschreitungen noch Beschwerden seitens der Anwohner. Das seit Jahren bewährte Lärmmanagement zur Hanse Sail wurde ebenfalls erfolgreich fortgeführt; erstmals gelang diese Großveranstaltung ohne die geräuschintensive Beschallung von Großbühnen.

Die Stadtklimakarten wurden fertiggestellt und finden bei städtebaulichen Planungen Berücksichtigung.

Der vierte ausführliche Klimaschutzbericht der Hansestadt Rostock liegt seit 2002 vor. Mit Hilfe von Fördermitteln wurde nun mit der Erarbeitung des Rahmenkonzeptes begonnen.

Ausdruck der Beteiligung unserer Stadt im Klima-

schutz sind unter anderem der Erwerb des Gemäldes „Baidokuni“ zur Unterstützung indigener Völker. Es wurde vor dem Bürgerschaftssaal ausgestellt. Öffentliches Interesse fand auch die Teilnahme an einer bundesweiten Klimastaffel im Rahmen der Weltkonferenz zu erneuerbaren Energien 2004 in Bonn.

Auf der ehemaligen Deponie Dierkow konnte für eine 300 kWp Fotovoltaikanlage ein Pachtvertrag sowie eine Baugenehmigung durch intensive Betreuung mit herbeigeführt werden.

Handlungsbedarf

Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Lärminderung und Luftreinhaltung sind ab 2005 umzusetzen. Ziel ist es, dass Rostock als Ballungsraum seitens der EU anerkannt wird. Das hätte zur Folge, dass Belastungsschwerpunkte kontinuierlich überwacht und bei Grenzwertüberschreitungen Maßnahmen einzuleiten sind.

Das EU - Baltic Cycling Project (Fahrrad-Projekt) hat 2004 begonnen und ist im Projektzeitraum erfolgreich durchzuführen.

Die Prioritätenliste zur Geschwindigkeitsreduzierung im Straßennetz ist umzusetzen.

Zur Erreichung des Klimaschutzzieles der Hansestadt Rostock soll das Rahmenkonzept beschlossen werden. Die Aktivitäten zum EEA-Projekt (European Energy Award / Europäischer Energiepreis) und zum Klimaschutzkonzept sind in einer Arbeitsgruppe zusammenzuführen und fortzusetzen.

Die Wärmesatzung wird gemeinsam mit den Stadtwerken überarbeitet.

4.4 Wasserwirtschaft

Situation

Die Trinkwasserversorgung aus der Warnow, die in der Hand der EURAWASSER Nord GmbH liegt, ist stabil und qualitätsgerecht. Probleme bzgl. der Rohwassermenge und –qualität sowie der Aufbereitung treten nicht auf. Das Trinkwassernetz bedarf jedoch verstärkt der Sanierung, um Rohrdefekte gering zu halten und lange Verweilzeiten des Wassers durch Querschnittsoptimierung zu vermeiden. Die moderne Kläranlage in Bramow hält die Einleitwerte ein. Derzeit laufen Baumaßnahmen, um die Oxidationsteichanlage Markgrafenheide stillzulegen und das Schmutzwasser in die zentrale Kläranlage überzuleiten.

Für den Ortsteil Markgrafenheide realisiert das Land zur Zeit mit der Ringeindeichung den Sturmfluthochwasserschutz. Das Dorf Schmarl erhielt im Zusammenhang mit der IGA entsprechenden Hochwasserschutz. Grundlage aller Aktivitäten ist die Hochwasserschutzkonzeption des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Das Grundwasser im Raum Rostock ist weiterhin Belastungen aus den großen unsanierten Altlastenstandorten (ehemalige Betriebsgelände des Gaswerkes und des Chemiehändlers VENOC, Riedelsche Dachpappfabrik u.a.m.) ausgesetzt. Ein großräumige Grundwassergewinnung findet jedoch nicht statt.

Die städtischen Fließgewässer (Gewässer II. Ordnung nach Landeswassergesetz) erstrecken sich über eine Länge von ca. 115 km und haben eine Gewässergüte zwischen II (gering belastet) und IV (stark belastet). Die Pflege und Unterhaltung der meisten Fließgewässer ist Aufgabe des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Warnow-Küste“ (WBV).

Durchgeführte Maßnahmen

Generell gehört der Gewässerschutz zu den wichtigsten Aufgaben. Im Zusammenhang mit den vielfältigsten Gewässerbenutzungen, wie Einleitungen, Entnahmen, Baumaßnahmen an, über und unter Gewässern, Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen, Versiegelungen, Grundwasserabsenkungen, Erdwärmenutzung etc. gilt es, den wasserrechtlichen Schutzbelangen Geltung zu verschaffen.

Einige Fließgewässer konnten in wichtigen Abschnitten saniert und naturnah gestaltet werden. Hier sind zu nennen: Schutower Graben, Schmarler Bach und Klostergraben im IGA-Gelände sowie Teile des Rönnggrabens. Der Unterlauf des Hefegrabens wurde von Schadstoffablagerungen gereinigt.



Ausschnitt aus dem Grundwasserkataster

Durch die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe leistet unser Amt seinen Beitrag zum Aufbau eines Alarm- und Gefahrenabwehrplanes "Ölunfallbekämpfung Küste". Dort bringen wir unseren Erfahrungsschatz beim Havarie- und Gefahrenabwehrdienst in die vielfältigen Aktivitäten des Schutzes der Küste und der Küstengewässer ein.

Als wichtige Arbeitsgrundlage für den Gewässerschutz wird das Grundwasserkataster ständig aktualisiert.

Handlungsbedarf

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie verlangt neue, einzugsgebietsbezogene und mit relativ engen Fristen versehene Maßnahmen zum Schutz des Oberflächen- und Grundwassers. Daraus leitet sich zukünftiger Handlungsbedarf nicht nur zum Schutz der Gewässer, sondern auch zu deren naturnaher Wiederherstellung

4.5 Öffentlichkeitsarbeit

Umweltschutz kann nur erfolgreich sein, wenn sich Bürger durch umfassende Information an den Entscheidungen und deren Umsetzung beteiligen können. In unserem Amt nimmt die Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert ein. Dazu gehören beispielsweise die Pressearbeit, direkte Beratung und Information, Internet, Präsentationen auf Tagungen und Ausstellungen, Fachbeiträge, spezielle Aktionsveranstaltungen etc.

Öffentlichkeitsarbeit bedeutet für uns über die Information hinaus, die Qualität unserer Dienstleistungen zu verbessern und neuen Anforderungen der Bürgerbeteiligung und der Bereitstellung von Umweltinforma-

ab. So soll unter Leitung des WBV im Jahre 2005 mit der Renaturierung der Carbäk und ihrer Aue begonnen werden.

Laufende Untersuchungen zur Abwasserentsorgung von Kleingärten sind für die Sicherung der Gewässergüte von Grund- und Oberflächenwasser bedeutungsvoll.

Hier sind geeignete Lösungen, vor allem in Trinkwasserschutz zonen aufzuzeigen und umzusetzen.

Gemeinsam mit dem Land sind die Bemühungen um den Hochwasserschutz, vor allem im Grenzbereich Ober-/Unterwarnow aufgrund der Bedeutung für vorhandene und geplante Bebauung sowie die Sicherheit der Trinkwassergewinnung zu verstärken.

Langfristig sind Alternativen zur Trinkwasserversorgung aus der Warnow zu prüfen, da der vorhandene Standort verschiedenen Risiken ausgesetzt ist.

tionen gerecht zu werden.

In diesem Sinne gilt es, die Voraussetzungen für mehr Transparenz und kritische Überprüfung unserer Ergebnisse durch die Öffentlichkeit zu schaffen.

Durchgeführte Maßnahmen

Auch wenn die Öffentlichkeitsarbeit zum festen Bestandteil unserer Arbeit gehört und die tägliche Bearbeitung von Bürgeranliegen Schwerpunkt in allen Fachabteilungen darstellt, beteiligen wir uns darüber

hinaus an herausragenden Veranstaltungen der Hansestadt Rostock.

So stand für uns das Jahr 2003 ganz im Zeichen der IGA, z.B. mit zahlreichen Umweltbildungsangeboten wie 160 Einsätzen des Umweltmobils, der Aufstellung von Informationstafeln, dem Bodenlehrpfad etc.

Einen besonderen Höhepunkt in der Öffentlichkeitsar-



Tag der offenen Tür im Mai 2004

beit unseres Amtes stellte der „Tag der offenen Tür“ im Mai 2004 dar, den viele Rostocker für einen Besuch nutzten.

Immer mehr hat sich auch das Internet zu einer wichtigen Informationsquelle für Bürger und Gäste entwickelt. Seit Anfang 2004 bieten wir dort Informationen über Ansprechpartner und Aufgabenfelder unseres Amtes an (www.rostock.de).

Besucher unseres Hauses haben die Möglichkeit, sich anhand einer Posterausstellung über aktuelle Projekte des Umweltamtes zu informieren.

Der Pressearbeit unseres Amtes liegt ein Presseplan zugrunde, der alle Aktivitäten eines Jahres enthält.

Im Februar 2004 wurde eine internationale Tagung zum Zertifizierungsstandard FSC für nachhaltige Waldbewirtschaftung im Rathaus mit über 60 Teilnehmern organisiert.

Im Rahmen der Mitgliedschaft Union of the Baltic Cities (UBC) sind Fachbeiträge erschienen, die dem Erfahrungsaustausch zum Umweltschutz im Ostseeraum dienen.

Schon traditionell wird im Juni der Rostocker Umwelt- und Gesundheitsmarkt mitgestaltet. Beliebt bei Rostocker Bürgern ist auch der jährlich erscheinende



Workshop mit ausländischen Gästen

Umweltkalender mit vielen nützlichen Tipps rund um das Thema Umwelt.

Handlungsbedarf

Es müssen die Anstrengungen weiter fortgesetzt werden, die Bürger ausreichend und in hoher Qualität zu informieren. Eine der zentralen Bestandteile unserer Öffentlichkeitsarbeit muss die Bereitstellung aktueller Informationen über den Zustand der Umwelt und alternative Handlungsmöglichkeiten sein. Hierzu ist das Umweltinformationssystem entsprechend weiterzuentwickeln, um den Bürger zukünftig über das Internet Einsicht in wichtige Umweltdaten der Hansestadt Rostock zu gewähren.

4.6 Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen durch das Umweltamt

Situation

Die natürlichen Ressourcen müssen effizienter genutzt werden, um Rohstoff- und Abfallmengen zu verringern, die Umwelt zu schonen und das Haushaltsbudget nicht unnötig zu belasten. Deshalb sehen wir darin ein Hauptziel unseres Umweltmanagements.

Verbrauchsdaten von Energie und Wasser können wir allerdings erst seit unserem Umzug in die Hans-Fallada-Straße (April 2002) separat erfassen.

Tab.4: Ausgewählte Kennzahlen des Amtes

Hier gibt es auf jeder Etage Untermesseinrichtungen für Wasser und einen Unterzähler für Strom. An jedem Heizkörper in unseren Büros sind Wärmemengenzähler installiert. Die Aussagekraft dieser Daten ist aufgrund der kurzen Zeitreihe noch unzureichend, um schon entsprechende Maßnahmen daraus abzuleiten zu können. So liegt in Bezug auf Raumwärme für den Zeitraum 2002-2004 erstmalig eine vollständige Betriebskostenrechnung vor.

Kennzahl	2002	2003	2004
Raumwärme kWh/m ²	241	83	Abrechn. ab Mitte 2005
Kaltwasser m ³ / P	5,4	5,7	5,9
Strom gesamt kWh/m ²	24,5	22,1	23,0
Benzin/ Diesel l/ P	36,7	39,3	58,9
ÖPNV-Anteil bei Dienstgängen in %	42	51	53
Papierverbrauch Blatt (A4)/ P x a	3039	2857	2773
Anteil Recycling-Papier in %	62	68	76
CO ₂ -Emissionen t/ P	0,83	0,71*	0,66
<u>Bezug:</u>			
Anzahl der Mitarbeiter	47	45	44
beheizte Nutzfläche m ²	809,5	967	967

* korrigierter Wert auf Grundlage der Betriebskostenabrechnung 2003

Die Raumwärme wird aus Fernwärme bezogen (Kraft-Wärme-Kopplung). Der hohe „Verbrauchswert“ von 241 kWh/m² im Jahr 2002 resultiert daraus, dass für

seine Schätzung der Vorjahresverbrauch am Standort Kopernikusstraße mit einem stark sanierungsbedürftigen Gebäude zugrundegelegt wurde, das zudem er-

hebliche Leerstände aufwies. Der jetzt auf Basis der Betriebskostenabrechnung gemessene Bedarf von 83 kWh/ m² und Jahr für Raumwärme widerspiegelt auch den insgesamt guten Gebäudezustand am neuen Standort in der Hans-Fallada-Straße.

Der spezifische Strombedarf ist trotz der verbesserten Ausstattung mit PC-Technik nur leicht gegenüber dem Jahr 2003 von 22,1 auf 23,0 kWh/m² und Jahr angestiegen. Ein deutlicher Anstieg ist im Kraftstoffverbrauch zu verzeichnen. Kürzungen im Reisegeldetat, Havarieeinsätze und die Betreuung von Objekten z.B. im Rahmen der Altlasten- und Gewässersanierung haben dazu geführt, dass die Dienst-PKW stärker genutzt wurden.

Positive Umweltbilanzen sind bei der Nutzung des ÖPNV und dem Einsatz von Recyclingpapier zu verzeichnen. So ist bei sinkendem Papierverbrauch verstärkt Recycling-Papier zum Einsatz gekommen, dessen Anteil heute bei 76 Prozent liegt. Im Jahr 2000 betrug der Anteil nur 47 Prozent.

Der errechnete Wert für CO₂-Emissionen, die durch unser Amt erzeugt werden, beträgt. 0,66 t/ Person und Jahr. Das entspricht ungefähr so viel, wie zwölf Rostocker Einwohner im Durchschnitt im Haushalt und durch Freizeitverkehr innerhalb von Rostock erzeugen.

23 MWh Strom	12,6 t
80 MWh Fernwärme	7,2 t
2590 l Kraftstoff	6,4 t
Pumpstrom für 255m ³ Kaltwasser	0,14 t
ÖPNV für Dienstgänge	0,70 t

(aus rd. 12.000 Pers.-km)

27,04 t CO₂ / a

Durchgeführte Maßnahmen

Die bisher vorliegenden Daten, insbesondere bei Energie und Wasser reichen nicht aus, um Effekte aus verhaltensbedingten Einsparmaßnahmen herauszustellen.

Unser Amt hat eine Geschäftsanweisung „Umwelt- und ressourcenschonende Verwaltungsarbeit“ erarbeitet, die für alle Mitarbeiter/-innen verbindlich ist. Ferner wurde im verwaltungsinternen Informationsblatt Wissenswertes zu umweltfreundlichen Büroartikeln und –technik veröffentlicht. Für die Auswahl umweltfreundlicher Produkte steht ein Artikelkatalog zur Verfügung.

Seit April 2003 besteht die Getrenntsammlung für Abfälle in unserem Amt.

Unseren Mitarbeitern/-innen stehen Dienstfahrräder sowie ÖPNV-Karten für Dienstgänge zur Verfügung. Vor dem Gebäude wurden auf Initiative unseres Amtes Fahrradabstellanlagen errichtet. In jährlich stattfindenden Mitarbeiterversammlungen werden die Ergebnisse des Umweltmanagements vorgestellt und diskutiert.

In Zukunft ist der Fokus stärker auf die Erschließung verhaltensbedingter Einsparpotentiale zu legen und mit Vorschlägen insbesondere zur Senkung des Energieverbrauches beizutragen.

5. Umweltprogramm 2005

Umweltziel	Maßnahmen	verantwortlich	Termin
Schonung natürlicher Ressourcen			
Anteil Recyclingpapier auf 80% erhöhen	- Mitarbeiter/-innen kontinuierlich informieren	Verantwortliche für Materialausgabe	Laufend bis 12/05
Energieverbrauch halten und wenn möglich verringern	- Vorhandensein und Nutzung abschaltbarer Steckerleisten prüfen; - Energiespartipps geben; - Raumwärmeverbrauch prüfen und bedarfsgerecht regeln	Ansprechpartner für Energie/ Alle Mitarbeiter/-innen	03/05
Aufbau Umweltcontrolling			
UMS-Kennzahlensystem weiterentwickeln	- Kennzahlen mit den Mitarbeitern abstimmen - erforderliche Basisdaten festlegen	Abteilungsleiter	06/05
Lesbarkeit des UM-Handbuches verbessern	- Überarbeitung Handbuch; Bereitstellung als pdf-Datei bzw. weiterer Exemplare	EMAS-Arbeitsgruppe	10/05
Umweltmanagement und Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) verknüpfen	- Leistungs- und Qualitätskennziffern abgleichen - KLR-Handbuch erarbeiten	EMAS-Arbeitsgruppe, Sachgebiet Ökonomie	06/05
Qualitätsaspekte prüfen	- Befragung zur Kundenzufriedenheit (Ämter, Institutionen, Bürger)	Amtsleiterin, UMS-Beauftragte	09/05
Verbesserung von Information, Kommunikation und Außendarstellung			
Bürger regelmäßig über Aktivitäten und Problemfelder informieren;	- Presseplan - Pressespiegel	Amtsleiterin Sekretariat	01/05 monatsweise 12/05
Voraussetzungen für benutzerfreundliches Auskunftssystem weiterentwickeln	- fachspezifische Daten aufbereiten und in ein Umweltinformationssystem einpflegen - Handlungsgrundsätze des Amtes fortschreiben	Sachbearbeiterin UIS	10/05
In Fachdiskussionen aktiv mitwirken und Ergebnisse des Amtes öffentlich präsentieren	- Aktive Teilnahme an Veranstaltungen, überregionalen AG, Zusammenarbeit mit der Universität Rostock	Amtsleiterin, Abteilungsleiter Amtsleiterin, Abteilungsleiter	laufend bis 12/05

Umweltziel	Maßnahmen	verantwortlich	Termin
Gestaltung nachhaltiger Umweltbedingungen in Rostock			
Sicherung eines hohen Schutzniveaus der Umwelt insgesamt	<ul style="list-style-type: none"> - Abstimmung und Beschlussfassung zum Umweltqualitätszielkonzept als gesamtstädtische Entscheidungsgrundlage 	Mitarbeiter UVP-Fachstelle	2005
Sicherung eines leistungsstarken Abfallmanagements <u>Abfälle zur Beseitigung</u> Haus- und Geschäftsmüll: 234 kg/EW*a <u>Abfälle zur Verwertung</u> Papier: 84,0 kg/EW*a Sperrmüll: 84,2 kg/EW*a Bio-Abfälle: 39,8 kg/EW*a Grünschnitt: 35,2 kg/EW*a	<ul style="list-style-type: none"> - Inbetriebnahme RABA I im Jahr 2005 - Weitere Optimierung der haushaltsnahen Erfassung - Weitere Unterflur-Papierkörbe im Innenstadtbereich - Umsetzung und Fortschreibung der Konzeption Ordnung und Sauberkeit - Koordinierung der Winterdienstdurchführung 	Abteilungsleiter Abfallwirtschaft	12/05
Anteil sanierter Altlasten an der Gesamtfläche der Altlasten auf 75% bis 2006 steigern; Langfristiges Ziel: Siedlungs- und Verkehrsfläche pro 1000 EW nicht wesentlich erhöhen	<ul style="list-style-type: none"> - Überarbeitung und Fortschreibung des Bodenschutzkonzeptes - Fortsetzung Teilflächen-Sanierung Diedrichshäger Moor 2005/ 2006 - Überwachung des kontaminierten Gaswerkstandortes und Aufstellung Sanierungsplan mit SWR und StAUN Rostock - Auswertung methodischer Grundlagen zum Brachflächenkataster und Entwicklung konkreter Projekte - Orientierende Detailuntersuchungen von 15 bis 20 Altlastflächen - Grundwassermonitoring auf 20 Standorten 	Abteilungsleiter Wasser und Boden	12/05 und Weiterführung bis 2006
Grund- und Oberflächenwasser schützen nach Maßgabe der Gesetze	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen im Gewässerschutz - Unterstützung bei der Renaturierung der Carbäk - Wartung und Wasserqualitätsprüfung der Notwasserbrunnen - Unterhaltung von Löschwasserteichen 	Abteilungsleiter Wasser und Boden	laufend
CO ₂ -Emission von 4,3 t/EW*a (2004) auf 3,85 t/EW*a (2010) reduzieren; Maßnahmen zur Lärminderung schrittweise umsetzen	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung von besonders effizienten und effektiven Maßnahmen zum Klimaschutz in Verbindung mit dem EEA-Projekt - Beschlussfassung zum Klimarahmenkonzept - Umsetzung von ausgewählten Projekten der Lärminderungsplanung - Überwachung von Anlagen gemäß § 22 BImSchG und Umsetzung der Verordnung - Novellierung der Wärmesatzung 	Abteilungsleiter Immissionsschutz	12/05

Tab.5: Umweltprogramm des Amtes

6. Bilanzierung der Stoffströme

Input	2004	Output	2004
1. Materialien		1. Abfälle	
1.1 Kopierpapier Multifunktionspapier - Recycling	29.500 Bl 92.500 Bl	1.1 Papier und Pappe	29,7 m³ (geschätzt)
1.2 Versandtaschen - Frischfaser - Recycling	4 St 420 St	1.2 Verpackungsabfälle „gelbe Tonne“	29,7 m³
1.3 Briefumschläge - Frischfaser - Recycling	0 2.593 St	1.3 gemischte Abfälle	12,5 m³
1.5 Ordnungsmittel Ordner (Pappe)	191 St	1.4. Elektronikschrott	nicht erfasst
Hefter/ Mappen/ Sammler - Papier/ Pappe - Plaste	1.112 St 51 St		
Prospekthüllen, Fotopapier, Aktenhüllen - PVC - Papier - PE	763 St 25 St 12 St		
1.6 Schreibutensilien Stifte - Plastik Mehrweg - Nachfüllpatronen Textmarker - Holz	40 St 11 St 9 St	1.5 Sonderabfälle Batterien	20-25 kg
1.7 EDV-Material Druckerpatronen Kopierertoner Folien (Kopierer / Drucker) Disketten / CD	143 St 26 St 242/ 205 St 4 /10 St		
2. Anlagenzugänge		2. Anlagenabgänge	
2.1 IT-Anlagen		2.1 IT-Anlagen	
2.1.1 Computer/Laptop	3/2	2.1.1 Computer	3
2.1.2 Monitor	2	2.1.2 Monitor	3
2.1.3 Drucker	1	2.1.3 Drucker	1
2.1.4 Kopierer		2.1.4 Kopierer	
2.1.5 Faxgerät		2.1.5 Faxgerät	
2.2 Kraftfahrzeuge		2.2 Kraftfahrzeuge	

Tab.6: Input-/Outputbilanz nach Kennzahlen

7. Erklärung der Amtsleitung

Mit dieser Umwelterklärung schließen wir die erste Zertifizierungsphase unseres Umweltmanagements auf der Basis der EU-Verordnung EMAS ab. Seit 2001 ist das Umweltmanagement in unser Amt integriert und wurde seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Eine besondere Herausforderung dabei ist und bleibt, unsere Aufgaben und Tätigkeiten einer kontinuierlichen Eigenkontrolle zu

unterziehen, neue Ziele zu stecken und die erreichten Leistungen –ob beim Ressourcenverbrauch oder bei der Verbesserung der Umweltqualität in Rostock- für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Wir werden weiter daran arbeiten, unser Amt noch umwelt- und kundenfreundlicher zu gestalten und die Information über Ziele und Qualität unserer Aktivitäten jährlich fortzusetzen.

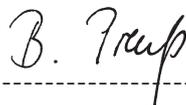
Die vorliegende Umwelterklärung bezieht sich auf den Standort:

**Hansestadt Rostock
Amt für Umweltschutz
Hans-Fallada-Straße 1
18069 Rostock**

und wurde gemäß der EG-Verordnung 761/2001 (EMAS II) verfasst und herausgegeben.

Die Umwelterklärung wurde von der Amtsleitung des Amtes für Umweltschutz im November verabschiedet und vom zugelassenen Umweltgutachter, Herrn Dr. Wolfgang Sieber, für gültig erklärt. Sie wird zukünftig jährlich aktualisiert und von

einem Umweltgutachter geprüft und validiert. Die vorliegende konsolidierte Umwelterklärung wird nach der Validierung am 26. November 2004 durch einen zugelassenen Umweltgutachter veröffentlicht.



Dr. Brigitte Preuß
Amtsleiterin

Sollten weitere Informationen zu unserem Umweltmanagementsystem und den Umwelleistungen des Amtes für Umweltschutz benötigt werden, wenden Sie sich bitte an:

Dr. Dagmar Koziolk
Umweltmanagementbeauftragte
Tel. 0381 381-7336
Fax 0381 381-7373

**Gültigkeitserklärung gemäß EMAS
der konsolidierten Umwelterklärung 2004 des
Amtes für Umweltschutz der Hansestadt Rostock
mit dem Standort Hans-Fallada-Straße 1, 18069 Rostock
durch den Umweltgutachter**

Hiermit erklärt der Umweltgutachter Dr. Wolfgang Sieber die konsolidierte Umwelterklärung 2004 des Amtes für Umweltschutz der Hansestadt Rostock mit dem Standort Hans-Fallada-Straße 1, 18069 Rostock für gültig. Er stellt fest, dass

1. das Umweltmanagementsystem, die Umweltbetriebsprüfung und ihre Ergebnisse sowie die Umwelterklärung mit allen Vorschriften der „Verordnung (EG) Nr. 761/2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagementsystem und die Umweltbetriebsprüfung“ übereinstimmt,
2. keine Hinweise auf Abweichungen von einschlägigen Rechtsvorschriften vorliegen sowie
3. die Daten und Informationen der konsolidierten Umwelterklärung ein zuverlässiges, glaubwürdiges und richtiges Bild aller Tätigkeiten der Organisation wiedergeben.

Die Feststellung beruht auf der Prüfung der Standorte der Organisation, auf Einsicht in relevante Unterlagen, dem Betriebsrundgang, auf Befragung von Mitarbeitern und auf Aussagen des Leitungspersonals.

Rostock, den 21.01.2005



.....
Dr. Wolfgang Sieber
Umweltgutachter (D-V-0170)
c/o: IFTA AG
Neukirchstr. 26, 13089 Berlin

Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr	LUNG	Landesamt für Umwelt und Geologie
AG	Arbeitsgruppe	m ² / m ³	Quadratmeter/ Kubikmeter
AL	Amtsleiterin	MWh	Megawattstunde
AzV	Abfälle zur Verwertung	M-V	Mecklenburg-Vorpommern
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz	µg	Mikrogramm
Bl.	Blatt	ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
B-Plan	Bebauungsplan	P	Person
CO ₂	Kohlendioxid	PE	Polyethylen
DB	Deutsche Bahn	PC	Personalcomputer
EMAS	Eco Management and Audit Scheme	PM	Teilchengröße bis 10 µm (Particulate Matter)
EU	Europäische Union	PVC	Polyvinylchlorid
EEA	Europäischer Energiepreis	RABA	Restabfallbehandlungsanlage
EW	Einwohner	RSAG	Rostocker Straßenbahn AG
FS	Feuchtsalztechnologie	St.	Stück
FSC	Forest Stewardship Council (Güteziegel für Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung)	StAUN	Staatliches Amt für Umwelt und Natur
GWh	Gigawattstunden	SWR	Stadtwerke Rostock
h	Stunde	t	Tonne
ha	Hektar	u.a.	unter anderem
IGA	Internationale Gartenbauausstellung	UBC	Union of the Baltic Cities/ Union der Ostseestädte
kg	Kilogramm	UIS	Umweltinformationssystem
km	Kilometer	UMS	Umweltmanagementsystem
kWh	Kilowattstunde	UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
kWp	Kilowatt (maximale Leistung)	WBV	Wasser- und Bodenverband
l	Liter	z.B.	zum Beispiel